

Westdeutsche Zeitung vom
06.12.2017, S. 4

Streit um Richter-Kritik von NRW-Minister Reul

Hamm. Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen haben gestern deutlich verärgert auf Kritik von Landesinnenminister Herbert Reul (CDU) reagiert. Reul hatte ihnen via „Bild“-Zeitung eine Schicht im Streifenwagen empfohlen, „damit sie sehen, was los ist“. Bei Angriffen auf Polizisten kämen die Täter zu oft ohne Konsequenzen davon, sagte Reul.

„Vorschnelle Beurteilungen – insbesondere von Mitgliedern der Landesregierung – sind fehl am Platze“, sagte Christian Friehoff, Vorsitzender des Bundes der Richter und Staatsanwälte NRW. Reul unterstelle, dass Richter über Polizeiarbeit nicht gut genug im Bilde wären. „Das hat mit der Realität nicht viel zu tun.“ Die Zusammenarbeit von Ermittlungsrichtern und Polizei sei eng. Jedem angehenden Juristen werde in der Ausbildung eine Streifenfahrt angeboten.

Der Streit hatte sich an einem Prozess gegen eine Braunkohlegegnerin in Düren entzündet, die zwei Polizisten verletzt haben soll und zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Eine Amtsrichterin soll Beleidigungen von Polizisten im Gericht nicht unterbunden haben. Der Landrat des Kreises Düren, Wolfgang Speltz (CDU), hatte dazu einen „Brandbrief“ an NRW-Jus-

tizminister Peter Biesenbach (CDU) geschrieben. „Die im Falle von Störungen zu treffenden Entscheidungen ergehen aus der Situation heraus und sind im Nachhinein nur schwer und schon gar nicht von außen seriös zu kommentieren“, stellte der Richterbund dazu fest.

Grüne: NRW-Justizminister soll zu Vorwürfen Stellung nehmen

Die Polizisten sollen mit „Lügner“-Rufen bedacht und als „Schweine“ beschimpft worden sein. Auf die Bitte des Staatsanwalts, dies zu unterbinden, soll die Richterin gesagt haben, sie habe nicht gesehen, wer gerufen hatte. Sympathisanten der Angeklagten hätten mit Nüssen geworfen, gerülpt und „lautstark flatuliert“, schrieb der Landrat. Der Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, Arnold Plickert, sprach von einem „massiven Angriff auf den Rechtsstaat“.

Die Grünen wollen die Sache heute auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses im Landtag setzen. Biesenbach müsse zu den Vorwürfen gegen die Justiz und zur Pauschalkritik von Reul Stellung nehmen. Das Justizministerium hatte auf eine Stellungnahme des Landgerichts Aachen verwiesen, wonach man den Vorfall sehr ernst nehme und untersuchen werde. *lrw*

Neue Rhein
Zeitung vom
06.12.2017, S. 5

Richter sind wütend auf Reul

Hamm. Richter und Staatsanwälte in NRW haben verärgert auf die Kritik von NRW-Innenminister Reul (CDU) reagiert. Reul hatte ihnen via „Bild“ eine „Fahrt im Streifenwagen“ empfohlen, damit sie sehen, „was los ist“. Bei Angriffen auf Polizisten kämen die Täter zu oft ohne Konsequenzen davon. „Vorschnelle Beurteilungen – insbesondere solche von Mitgliedern der Landesregierung – sind fehl am Platze“, kritisierte Christian Friehoff, Landesvorsitzender des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW. *dpa*

Westfälische
Nachrichten vom
06.12.2017, S. 4

Gruppenstatus für AfD-Abtrünnige

Drei fraktionslose NRW-Abgeordnete

Von Hilmar Riemenschneider

DÜSSELDORF. Fraktionslose Abgeordnete sollen künftig im Landtag eine Gruppe bilden können. Nach der bisherigen Vorstellung von CDU, SPD, FDP und Grünen sollen sich fünf Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören, zu einer Gruppe zusammenschließen können. Eine Genehmigung sei aber schon bei drei Abgeordneten möglich, erklärt Landtagspräsident André Kuper. Diese Zahl setzt auch der Bundestag fest. Die Entscheidung über den Gruppenstatus trifft der Landtagspräsident.

Im Landtag sitzen derzeit drei ehemalige AfD-Abgeordnete, darunter der frühere Fraktionschef Markus Pretzell. Ihre Zahl könnte nach einem weiteren Rechtsruck beim NRW-Parteitag am kommenden Wochenende noch steigen.

Ob sie sich zu einer Gruppe zusammenschließen, ist

offen. Sie müssten sich auf eine gemeinsame Linie verständigen, könnten dafür aber mit der Hälfte der Finanzmittel für Fraktionen rechnen: Je Monat erhalte eine Gruppe rund 50 000 Euro Grundbetrag, knapp 1 350 Euro je Abgeordneten und möglicherweise etwa 12 250 Euro Oppositionszuschlag.

Vorteil für den Landtag: Für eine Gruppe lassen sich statt vieler Einzelbeiträge Redezeiten klarer vorgeben. Kuper erhofft sich davon lebendigere Debatten: „Gewaltfreier Streit gehört geradezu in dieses Parlament hinein.“

Um diesen Wert zu vermitteln, will er erreichen, dass langfristig jeder Schüler einmal Kontakt mit demokratischen Institutionen hat. In einem ersten Schritt will er die Zahl der Schüler, die den Landtag besuchen, auf 300 000 verdoppeln.